



Kostenlos

Gegenwind

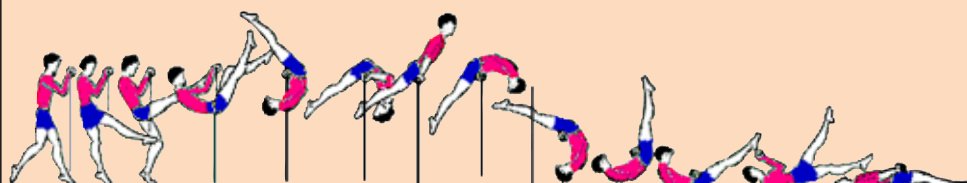
Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Gegenwind 233

Wilhelmshaven

Januar/Februar 2008

Der Aufschwung



ist unten angekommen

Klima

Für ein schlechtes Klima sorgte die Landtagswahl in den Räumen der SPD, und für die CDU gab es eigentlich auch nichts zu feiern. Nur Linke, Grüne und FDP hatten, wie Sie auf Seite 2 nachlesen können, allen Grund zur Freude.

Gilt das Grundgesetz auch für Hartz IV-EmpfängerInnen? Irgendwann wird das Bundesverfassungsgericht diese Frage wohl klären müssen. Näheres in unserer Rubrik "hartz IV+recht" auf der Seite 3.

Schwerpunktthema in diesem Gegenwind ist die geplante Ansiedlung eines Kohlekraftwerkes der Firma Electrabel. Auf Seite 4 laufen Hase und Igel um die Wette. Es geht um die Ursachen für das verschärfte Tempo, mit dem die Stadtverwaltung versucht, das Kraftwerksprojekt durchzupeitschen.

Wer kennt noch den Satz von der "Speerspitze des Umweltschutzes"? Der Gegenwind würde diesen Satz gerne wieder mit etwas Leben füllen. Wie das gehen soll, steht auf Seite 5.

Auch diesmal stellen wir wieder hohe Anforderungen an unsere LeserInnen. Menzel, Kohle, Emotionen haben wir unseren Artikel über Aufgeregtheiten, Schläge unter die Gürtellinie und allerlei andere Nickligkeiten überschrieben. Auf Seite 6 und 7 bekommen so einige Herren (keine Damen) ihr Fett weg. Aber natürlich ganz sachlich!

Um die Auslegung von Gesetzen, genauer gesagt ums Kinderwohngeld geht es auf Seite 8. Unser Leser Herr W. lässt nicht locker.

Oberbürgermeister Menzel stattete der Arbeitsloseninitiative seinen Neujahrsbesuch ab. Neben Menzels Beitrag war das Referat des Ali-Aktivisten Günther Kraemmer beachtenswert, wie Sie auf Seite 9 nachlesen können: Der Aufschwung ist unten angekommen!

Ist Agnes Miegel ein Vorbild für die Jugend und darf eine Schule ihren Namen tragen? Lesen Sie "Zuviel der Ehre" auf Seite 10.

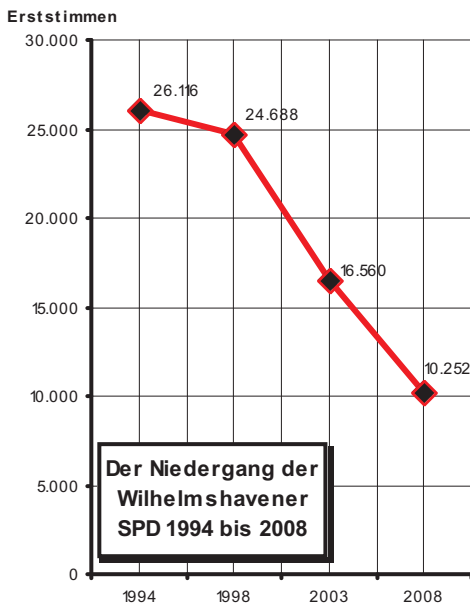
Viele behaupten, dass wir im Gegenwind eh nur Märchen erzählen – in dieser Ausgabe finden Sie wirklich eines! Und zwar: "Der kleine Kaiser" - Seite 11.

Gegen die Wand

Die Partei der Nichtwähler legt ordentlich zu - Die Linke mit überdurchschnittlichem Ergebnis, SPD und CDU verlieren erdrutschartig

(hk) Wer hätte damit gerechnet: Nach der "Watschen", die die Wilhelmshavener Wählerinnen der SPD und insbesondere ihrem Zugpferd Wilfrid Adam bei der Landtagswahl 2003 gaben, wurde Norbert Schmidt so abgestraft, dass er einem schon fast leid tut.

Wählten 1994 noch 26.116 (54,8%) BürgerInnen den Direktkandidaten der SPD, waren es 1998 nur noch 24.688 (52,1%) und im "Schicksalsjahr 2003" konnte Wilfrid Adam man gerade noch 16.560 (41,7%) WählerInnen hinter sich scharen. Und nun Norbert Schmidt mit blamablen 10.252 (31,5%) Stimmen.



Ein Niedergang, wie ihn Norbert Schmidt eingefahren hat, ist kein zwangsläufiges Trendergebnis, wie Olaf Lies im Nachbarwahlkreis bewies. Hier holte seine Partei trendmäßige 34%, während Olaf Lies mit 41,1% den Wahlkreis für sich gewinnen konnte.

Das Ergebnis in Wilhelmshaven zeigt, dass die WählerInnen vom SPD-/CDU-Gelügel die Nase voll haben. Herausragende Ergebnisse in Wilhelmshaven sind die Steigerung der "Partei der Nichtwähler" von 38,4 auf 48,2%, der Verlust von 7.127 Stimmen für den CDU-Direktkandidaten Biester, der Verlust von 6.308 Stimmen für den Direktkandidaten der SPD Norbert Schmidt und natürlich die 10,7% (3.472 Stimmen) Erststimmen für

Anette Nowak, die Kandidatin der Linken, die bei den Zweitstimmen sogar 11,3% (3.698 Stimmen) gewann. Werner Biehl holte mit 8,6% die Grünen aus dem 2003-Tief von 4,8% bei den Erststimmen, sein Zweitstimmenergebnis kann sich mit einem Plus von 222 Stimmen (von 5,8 auf 7,7%) durchaus sehen lassen. Auch Frau Bauermeister konnte bei den Erststimmen punkten und brachte die FDP von 4,4 auf 7,3% (ein Zugewinn von 648 Stimmen). Aber auch sie schwächelte mit +52 bei den entscheidenden Zweitstimmen, was aber immerhin einen prozentualen Aufstieg von 6,6 auf 8,1% bedeutete (hier sieht man deutlich, wie sich die geringe Wahlbeteiligung auswirkt).

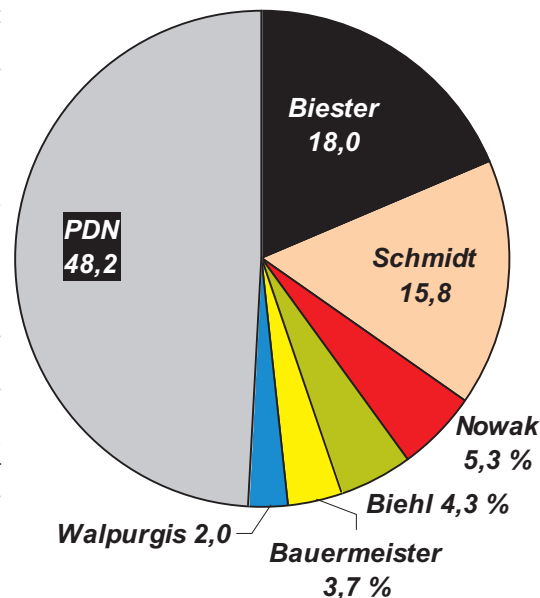
Und der Rest? Die Freien Wähler erreichen mit 1.300 Erststimmen immerhin 4,0%, bei den Zweitstimmen sind es dann allerdings nur noch 663 Stimmen oder 2,0%. Der NPD gaben noch ca. 700 WilhelmshavenerInnen ihre Stimme – das bedeutet, dass sie von 0,7% 2003 (da kandidierten die Republikaner) auf 2,1% in diesem Jahr aufstiegen.

Woran lag es in Wilhelmshaven?

Die Ursache für den Rückgang der Wahlbeteiligung von 61,6 auf 51,8% (40.393 / 33.683) macht deutlich, mit welcher Wucht die Politiker den Wagen schon vor die Wand gefahren haben, denn auch hier liegt Wilhelmshaven ganz unten – es gibt nur zwei Wahlkreise in Niedersachsen mit einer noch geringeren Wahlbeteiligung. Und dieser Rückgang ist Ergebnis der Gesamtpolitik der großen Parteien in Wilhelmshaven. Sowohl die CDU als auch die SPD haben in den vergangenen Jahren demonstriert, was sie von den Wählern halten – nämlich nichts. Die SPD hat in den vergangenen Jahren dabei die CDU noch übertroffen.

Das erste große Thema wäre die Industrieansiedlungs- und Umweltpolitik. Die Wilhelmshavener Umweltpolitik richtet sich in keiner Weise an irgendwelchen Parteiprogrammen oder grundsätzlichen Erwägungen

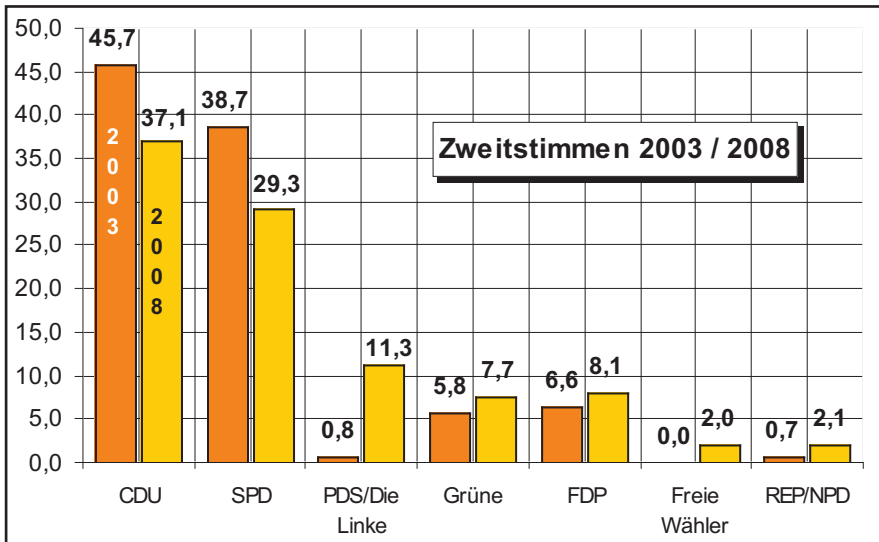
aus. Die Umweltpolitik in Wilhelmshaven wird von den großen Konzernen betrieben. Bei der jetzt aktuellen Ansiedlung des Electrabel-Kohlekraftwerks wird das auf erschreckende Weise deutlich. Nicht die SPD oder die Verwaltung legen die Prämissen für die Umweltauflagen fest. Die Firma Electrabel teilt der Stadt Wilhelmshaven mit, wie ihr Kraftwerk ausgelegt ist, welche Umweltprobleme (angeblich nicht) existieren, und die Stadt Wilhelmshaven macht sich in einem Partner-



Erststimmen 2008, bezogen auf alle Wahlberechtigten, inkl. "Partei der NichtwählerInnen" (PDN)

schaftsvertrag zum Büttel des Energieriesen. Die Stadt verpflichtet sich auch noch in diesem Vertrag, die Interessen des Konzerns gegenüber den Bürgern der Stadt zu vertreten. Und das macht sie auch, wie die Veranstaltung gegen die Ärztinitiative oder das Fallblatt-Pamphlet zur Kraftwerksansiedlung eindeutig belegen. So etwas kann man doch nicht wählen!

Frau Ypsilanti hat in Hessen bewiesen, dass Umweltpolitik auch mit der SPD und gegen Lobbyisten wie Ex-Minister Clement möglich ist. Ein Satz aus ihrem Programm: "Die Energiewende ist die größte wirtschaftliche Chance, die wir haben. In ihr schlummert das Potential von Milliarden-Investitionen und hunderttausenden neuer, sicherer



Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21
 26382 Wilhelmshaven
 Tel.: 04421 / 99 49 90
 Fax: 0180-5060 3441 9546
 eMail: gegenwind.whv@t-online.de

Redaktion: Erwin Fiege, Hannes Klöpffer (verantwortl. Redakteur), Jessica Kramhöft, Anette Nowak, Imke Zwoch;

Druck: Papudis; Auflage: 4.400 Exemplare
 Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
 Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63
 Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit) jeweils zum Monatsbeginn
 Erscheinungstag dieser Ausgabe: 31.01.2008

Gegenwind im Internet:
www.gegenwind-whv.de

 Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.

Arbeitsplätze. (...) Allein der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist geeignet, die drei zentralen energiepolitischen und umweltpolitischen Ziele gleichzeitig zu verfolgen, nämlich sichere Versorgung mit elektrischer Energie, Ausstieg aus der Atomkraft und Erreichung der Klimaschutzziele."

Schulpolitik

Wer bestimmt in Wilhelmshaven die Schulpolitik? Wer hat dafür gesorgt, dass die Helene-Lange-Schule zum Grundschulzentrum wird? Etwa die Eltern, die Lehrer? Ist es Zufall, dass das Gebäude der Helene-Lange-Schule jemandem gehört, der schon durch andere Projekte seine besondere Nähe zur Stadt Wilhelmshaven demonstrieren konnte? Und die Menschen in Wilhelmshaven wissen das!

Stadtsanierung

Auch die Stadtsanierung ist ein Thema, welches die Menschen auf die Palme bringt. Gab es vor einigen Jahren noch den Versuch, die Projekte der sozialen Stadt zu realisieren, ist die Sanierungspolitik inzwischen zu einer lahmen, fremdgesteuerten Straßenbau- und Fassadenanstrichpolitik verkommen. Völlige Konzeptionslosigkeit prägt die wenigen noch verbliebenen sozialen Projekte. Kein Wunder, denn die finanziellen Wurzeln der Sanierung liegen inzwischen in Australien (BBC) beim Eigner der Wohnungsbaugesellschaft Jade. Auch so etwas merken die Menschen nicht nur in der Südstadt!

Hafenpolitik

Die Hafenpolitik der Stadt Wilhelmshaven? Es gibt sie nicht. Es gibt nur einen parteiübergreifenden Wettbewerb, wer von den Herren der Hafenwirtschaft am meisten geliebt wird. Kein eigenes Profil – kein Ziel. Und das gilt sowohl für den Binnenhafen als auch für den JadeWeserPort: die Parteien als Erfüllungsgehilfen der Hafenwirtschaft. Und wenn Norbert Schmidt dann auch noch poltert, dass er dafür sorgen wird, dass der Bau des JadeWeserPorts trotz der noch laufenden Verfahren sofort begonnen wird, ist das nur noch peinlich!

Diese Auflistung ließe sich wohl über alle Bereiche der städtischen Politik erweitern, von den Schwimmbädern bis zum Banter See, von der Wirtschaftsförderung bis zur Sozialpolitik – nirgends ist in Wilhelmshaven zu spüren, dass hier wirklich etwas im Interesse der BürgerInnen auf den Weg gebracht wird. Die Wahlergebnisse der letzten Jahre und im besonderen Maße das diesjährige Landtagswahlergebnis bringen eindeutig zum Ausdruck: Den WilhelmshavenerInnen reicht es!



Mal wieder: Job-Center Wilhelmshaven und die Kosten der Unterkunft

Bislang ist wenig bekannt, dass Leistungsberechtigte nach Hartz IV, also Alg II-EmpfängerInnen, eines grundgesetzlich verbrieften Rechts beraubt sind. Ihre Freizügigkeit ist eingeschränkt – nach Hartz IV jedenfalls. Irgendwann wird das Bundesverfassungsgericht wohl klären, ob die Bestimmung, dass Alg II-Berechtigte sich einen Umzug genehmigen lassen müssen, mit dem Grundgesetz vereinbar ist.

Wir kennen eine Alg II-Empfängerin, die ihren Wunsch nach einer neuen Wohnung nach wochenlangen Auseinandersetzungen mit dem Job-Center wieder aufgegeben hat. Ihr war das Risiko, am Ende die Miete nicht voll erstattet zu bekommen, zu groß. Der Fall von Christoph Winter, über den wir in der Ausgabe 230 berichtet haben, hätte diese Frau ermutigen können: Herr Winter war innerhalb Wilhelmshavens umgezogen, und das Job-Center erstattete ihm einige Monate lang die Kosten der Unterkunft nur in der Höhe wie für seine vorige Wohnung, und das, obwohl die neue Miete immer noch deutlich unter dem Wert, den Wilhelmshaven als angemessen anerkennt, lag. Das Job-Center brachte im Verfahren vor, Winter habe den Umzug ohne Genehmigung vollzogen; dieser hielt dagegen, er habe sehr wohl die Zustimmung des Job-Centers gehabt; das Sozialgericht Oldenburg setzte sich lediglich mit dieser Streitfrage auseinander und nicht damit, ob die Freizügigkeit durch ein Bundesgesetz beschnitten werden darf.

Nun lag dem Sozialgericht Oldenburg zum Ende des vergangenen Jahres ein weiterer Fall* vor, in dem die Frage der Genehmigungspflichtigkeit eines Umzuges zur Debatte stand. Eine Familie (Hartz IV-berechtigt) war von Recklinghausen nach Wilhelmshaven umgezogen. Der Vater hatte vorher in Wilhelmshaven nachgefragt und erfahren, dass "Kosten in Höhe von Euro 727,- einschließlich Heizkosten nicht überschritten werden dürfen", und die Familie mietete eine Wohnung knapp unter diesem Mietpreis an.

Das Job-Center bewilligte der Bedarfsgemeinschaft dann aber die Kosten der Unterkunft nur in Höhe von 569,45 € und führte im Verfahren "im Wesentlichen aus, dass der Umzug der Antragsteller nicht genehmigt worden sei. Es ergebe sich auch nicht, dass der Umzug erforderlich gewesen sei."

Das Sozialgericht Oldenburg beschloss zu dieser Frage: "Die fehlende Zusicherung ist insoweit kein Anspruchshindernis, da das Zusicherungsverfahren lediglich Aufklärungs- und Warnfunktion hat. Die in § 22 Abs. 2 SGB II vorgesehene Zusicherung zu den Aufwendungen vor dem Umzug in eine Wohnung ist (...) keine Anspruchsvoraussetzung."

Interessant wird es jedoch erst danach im Beschluss: "Auch die Vorschrift des § 22 Abs. 1 Satz 2 SGB II in der seit dem 01.08.2006 geltenden Fassung steht dem Anspruch der An-

hartz IV und recht

tragsteller nicht entgegen. Danach werden nach einem nicht erforderlichen Umzug Leistungen weiterhin nur in Höhe der bis dahin zu tragenden Aufwendungen erbracht, wenn sich nach dem Umzug die angemessenen Aufwendungen für die Unterkunftskosten erhöhen." – Also: Selbst wenn die (höheren) Kosten für die neue Unterkunft immer noch unter dem üblicherweise erstattungsfähigen Wert liegen, bekommt man nach dem Umzug nur die Miete der vorigen Wohnung! – Aber: "Die Neuregelung des § 22 Abs. 1 Satz 2 SGB II greift jedoch nur bei Umzügen innerhalb desselben Wohnungsmarktes. Für die Frage, welche Wohnkosten nach einem nicht erforderlichen Umzug in einen neuen Wohnort als angemessen übernommen werden, kann es daher weiterhin nur auf die Angemessenheit der Unterkunftskosten am Zuzugsort ankommen."

Aha. Und heißt das nun, dass die von Wilhelmshaven gesetzten Mietobergrenzen auf einmal vom Sozialgericht Oldenburg mitgetragen werden? – Nein.

"Danach ergibt sich bei einem Sechs-Personen-Haushalt in Wilhelmshaven bei einer Mietenstufe II (§ 1 Abs. 1 Wohngeldverordnung, Anlage zur Wohngeldverordnung, Bundesgesetzblatt 2001, Seite 2743) grundsätzlich ein Wert von Euro 610,- zuzüglich eines Zuschlags von 10 %, also in Höhe von 671,- Euro (Kaltmiete plus Nebenkosten ohne Heizkosten)."

Hier gibt es also einen weiteren Gerichtsbeschluss gegen die von der Stadt Wilhelmshaven festgelegten Mietobergrenzen. Wohngeldtabelle plus 10 %, das ist die Miete, die Alg II-Berechtigten zusteht. Und alle, die nach wie vor weniger bekommen, haben wirklich keine andere Möglichkeit als den Klageweg, denn freiwillig rückt das Job-Center diese Miete nicht raus.(noa)

*Beschluss vom 29.11.2007 - Az: S 49 AS 2079/07 ER

Günstiges Baugeld

Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:
VPV-Geschäftsstelle * Tel.: 04421/774543



VERSICHERUNGSGRUPPE

TRIANGEL
second-hand-shop

An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten, Literatur + Comics
u.v.m.
Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
Tel.: (04421) 4 21 84

Hase und Igel

Neue Kraftwerke: Energiekonzerne setzen Kommunen unter Druck

(iz) Mit einem Höllentempo versucht die Stadt, die planerischen Voraussetzungen für das Electrabel-Kohlekraftwerk zu schaffen. Dahinter stecken unternehmerische Interessen der Betreiber. Durch zeitliche und formale Hürden werden die Chancen der Bürgerbeteiligung drastisch reduziert.

Stromkonzerne wie Electrabel müssen bei verschiedenen rechtlichen Vorgaben die Nase vorn haben, um ihre Gewinne zu maximieren. Dazu benötigen sie auch die Unterstützung von Behörden und Politik an geplanten Kraftwerksstandorten. Die lassen sich in der Hoffnung auf Arbeitsplätze und Steuereinnahmen von der Hektik anstecken.

Standortkonkurrenz als Unternehmensstrategie

Electrabel plant, in Norddeutschland zwei Steinkohlekraftwerke mit einer Leistung von jeweils 800 Megawatt zu errichten. In der engeren Wahl sind drei Standorte, die dem Betreiber aufgrund ihrer Lage und Infrastruktur besonders geeignet erscheinen: Brunsbüttel, Stade und Wilhelmshaven. Alle drei liegen direkt am Wasser (Elbe bzw. Jadebusen), wodurch auf einen Kühlturm verzichtet werden kann.

Zwei Kraftwerke, drei Standorte - hier gilt also: Wer zuerst kommt, mahlt bzw. qualmt zuerst. Zwei Kommunen, die am besten im Sinne des Betreibers funktionieren, kriegen ein Kraftwerk, und eine geht leer aus. Für Stade wurde der Genehmigungsantrag nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) am 22.10.2007 beim Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg eingereicht, für Wilhelmshaven 13.11.2007 beim Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg (öffentliche Auslegung der Genehmigungsunterlagen bis zum 28.01.2008). Für Brunsbüttel soll der Antrag in Kürze eingereicht werden. Der Schweizer Konzern BKW / Advanced Power fährt eine ähnliche Strategie - ein Kraftwerk, zwei Standorte (Dörpen und Unterweser).

Zusätzlich waren in Wilhelmshaven eine Änderung des Flächennutzungsplans und ein Bebauungsplan erforderlich. Dieses Verfahren wurde in Rekordzeit durchgepeitscht. Am 11.1.2008 war Einsendeschluss für Einwendungen gegen diese Pläne, und diese waren zahl- und umfangreich. Eigentlich so gut wie unmöglich, sie bis zum Ratsbeschluss am 30.1. alle zu sichten und der gesetzlich vorgeschriebenen Abwägung verschiedener Interessen zu unterziehen. Inzwischen wurde die Ratssitzung auf den 6.2. verschoben. Ohne deren abschließendes Ergebnis zu kennen, kündigten CDU und FDP im Rat sogar bereits am 23.1. an, den Plänen zuzustimmen.

Lieferfristen

Damit ist der Weg aber noch nicht frei: Bis zum 11.2.2008 können Einwendungen nach dem BImSchG beim Gewerbeaufsichtsamt (GAA) Oldenburg eingereicht werden, der Erörterungstermin dafür ist erst am 4.3.2008. Trotzdem möchte Electrabel schon vorab das Baugelände freimachen, sprich roden. Diese vorzeitige Freimachung des Baufeldes ist Teil des Antrags an das GAA, gleichzeitig hat aber die Niedersachsen Ports als Grundstücksei-

gentümer einen Rodungsantrag an die Stadt Wilhelmshaven gestellt. Der Grund: Der Anlagenhersteller Hitachi verlangt von Electrabel eine "final notice to proceed" (sinngemäß: abschließende Bestätigung des Fortgangs), sonst werden andere Anlagenbesteller bei der Lieferung bevorzugt. Kann die Rodung nicht bis März erfolgen, ist sie erst nach der Vegetationszeit, ab Oktober, wieder möglich, und das würde Liefervereinbarungen zwischen Electrabel und Hitachi durcheinanderbringen.

Netzzugang

Ein weiterer Grund für die Hektik ist die sogenannte Kraftwerksnetzanschlussverordnung. Kraftwerke, die bis zum 31. Dezember 2012 in Betrieb gehen, erhalten im Falle von Netzengpässen einen bevorrechtigten Netzzugang. Das neue Kohlekraftwerk in Wilhelmshaven soll laut Antrag 2011 in Betrieb genommen werden. Jede Verzögerung bringt also diesen unternehmerischen Vorteil in Gefahr.

Emissionszertifikate

Schließlich setzen auch die Emissionszertifikate die Energiekonzerne unter Druck. Diese Zertifikate (Währung "Recht zur Emission von einer Tonne Kohlendioxid") werden kostenlos durch die Bundesregierung an die Anlagenbetreiber verteilt. Allerdings stehen jährlich nur 495 Millionen Tonnen Zertifikate zur Verfügung. Diese Menge entspricht der Minderungsverpflichtung, die Deutschland im Kyoto-Protokoll eingegangen ist. Aktuell emittieren die vom Emissionshandel betroffenen Anlagen 509 Millionen Tonnen Kohlendioxid pro Jahr. Damit sind also weniger Zertifikate verfügbar als Emissionen vorhanden. Zudem sieht die Bundesregierung eine stufenweise Senkung des CO₂-Ausstoßes vor (bis 2012 Abbau um 21 Prozent gegenüber dem Basisjahr 1990). Damit dieses Ziel tatsächlich erreicht werden kann, wird der Staat immer weniger Zertifikate zuteilen. Es gilt das Reichen-Jerusalem-Prinzip. Die Unternehmen müssen immer wieder neue Investitionen tätigen und entweder ihre Anlagen modernisieren oder zusätzliche Zertifikate kaufen.

Unternehmensinteresse als Gemeinwohl

Die Rodung größerer Waldbestände, die in diesem Fall auch besonders geschützte Arten beherbergen, ist nach Wald- und Naturschutzgesetzen nur möglich, wenn Gründe des Gemeinwohls die ökologischen Schutzinteressen überwiegen. Ob diese vorliegen, ist fraglich. Denn das geplante Kraftwerk - ohne Kraft-Wärme-Kopplung - entspricht nicht dem Stand der Technik, um im Sinne der Klimaschutzziele der Bundesregierung die Energie bestmöglich zu nutzen. Und, wie oben dargelegt: Dass etwa 33 Hektar Wald womöglich schon in wenigen Tagen, vor Ab-

schluss aller Genehmigungsverfahren, abgeholzt werden sollen, entspricht dem unternehmerischen und nicht dem allgemeinen Interesse.

Vorauselender Ungehorsam

Die vorgenannten Rahmenbedingungen erklären die Hektik, mit der hier die Planungen vorangetrieben werden. Sie entschuldigen aber nicht die unhöflichen Umgangsformen, die einige Ratsmitglieder und insbesondere Oberbürgermeister Menzel gegenüber kritischen BürgerInnen an den Tag legen.

Zur Unternehmensstrategie von Electrabel selbst gehört auch ein professioneller, d. h. sachlicher und höflicher Umgang mit Kritikern vor Ort, um den Weg für die Ansiedlung zu ebnet: Verhandeln statt "Plattmachen". Das ist in diesem Fall keine Frage humanistischer Weltanschauung, sondern unternehmerischer Klugheit.

Im saarländischen Emsdorf sprach sich die Mehrheit der BürgerInnen gegen die Ansiedlung eines Kohlekraftwerkes aus, wie auch die Delegiertenversammlung des Saarländischen Ärzteverbandes. Der Betreiber (in diesem Fall die RWE) zog seine Planungen daraufhin zurück. In Dörpen wurden dem Landrat Mitte Januar über 11.000 Unterschriften für eine Bürgerbefragung übergeben.

In Wilhelmshaven wurde eine solche Bürgerbefragung frühzeitig von der Stadt ausgehebelt. Dabei hätte es sich angeboten, diese kurzfristig und kostengünstig zusammen mit der Landtagswahl am 27.1. durchzuführen. Vielleicht hätte sich dabei sogar eine Mehrheit für den Kraftwerksbau ergeben - auch das hatten die Initiatoren einkalkuliert, die nichts weiter wollten als eine demokratische Entscheidung an der Basis.

Im Partnerschaftsvertrag zwischen Stadt und Electrabel, der auch eine gemeinsame Kommunikationsstrategie einschließt, ist von einem verbalen Krieg gegen Kritiker nicht die Rede. Insofern ist das, was die städtischen Spitzen derzeit inszenieren, wohl als vorauselender Ungehorsam gegenüber dem Vertragspartner zu bezeichnen. □

Reparaturen
aller Fabrikate
spez. Volvo und Renault

Reifendienst
Achsvermessung
TÜV/AU
Abschleppdienst
Klima-Service

Schwarzhamm 2 Hooksiel
Tel. 04425 990870 Fax 990872
www.tenge-strohbach.de

Tenge & Strohbach
Kfz-Technik

Speerspitzen

Imageschädigende Industriepolitik

(hk) Die Stadt arbeitet weiter mit Hochdruck an der Verschlechterung des Images der Stadt Wilhelmshaven. Wilhelmshaven wird zukünftig als Dinosaurier des Klimaschutzes in aller Munde sein. Im Folgenden ein paar unsortierte "Speerspitzen" zur gegenwärtigen Diskussion um die Wilhelmshavener Industriepolitik.

➔ Speerspitze

des Umweltschutzes – unter diesem Slogan betrieb Wilhelmshaven in den 70er Jahren die Industrieansiedlungen auf den Grodenflächen. Durch den Druck der Bevölkerung konnten dann auch Auflagen für das Kraftwerk der NWK (jetzt e.on) durchgesetzt werden, die unter damaligen Bedingungen durchaus richtungweisend waren.

Hier könnte die Stadt wieder anknüpfen und für die Grodenflächen die eindeutige Forderung stellen, dass hier nur Kraftwerke eine Chance haben, die ihre Abwärme statt zur Erwärmung der Jade für die Erwärmung von Wohnstuben o.ä. nutzen.

➔ Grodenflächen sind für Großindustrie aufgespült

Ein beliebtes Argument für die Ansiedlung der Kohlekraftwerke ist die Behauptung, dass die Grodenflächen vor 30 Jahren ja extra für diese Industrie aufgespült wurden. Das Landesraumordnungsprogramm spricht zwar von "Standortvorteilen für Logistik, Großindustrie und Energiewirtschaft" – es ist allerdings nirgends festgeschrieben, dass hier unbedingt Kohlekraftwerke angesiedelt werden müssen. *"Mit der Festlegung als Vorranggebiete sollen die genannten Kraftwerkstandorte gegenüber anderen Nutzungen dauerhaft gesichert werden. Als Großkraftwerke gelten solche, in denen eine elektrische Leistung von mind. 600 MW erzeugt werden kann. Auf die Vorgabe der einzusetzenden Primärenergie wird verzichtet, um die Option für alle Energieträger grundsätzlich offen zu halten."* Ein wenig Phantasie und die Anpassung an die umweltpolitischen Erfordernisse würde unseren Stadtplanern gut zu Gesicht stehen.

➔ Grenzwerte

Was ist ein Grenzwert? Ein Grenzwert ist ein willkürlich festgelegter Wert, durch den die Bevölkerung und die Umwelt vor Beeinträchtigungen (Schadstoffe, Lärm, Strahlung usw.) geschützt werden soll. In der Regel stellt ein Grenzwert keine Trennungslinie zwischen Unbedenklichkeit und Gesundheitsrisiko dar. Der Grenzwert ist zumeist ein politischer Kompromiss zwischen dem zugemuteten Gesundheitsrisiko und den Kosten der technischen Machbarkeit.

Ein gutes Beispiel für die Absurdität der Grenzwertdiskussion ist die nachgewiesene Häufung von Leukämie-Erkrankungen in der Nähe von Atomkraftwerken. Die zuständigen Behörden, die Betreiber und auch die Regierungen schließen als Ursache hierfür die Strahlung der Atomkraftwerke aus, weil "...aufgrund des aktuellen strahlenbiologischen und strahlenepidemiologischen Wissens die von deutschen Kernkraftwerken im Normalbetrieb emittierte ionisierende Strahlung grundsätzlich nicht als Ursache interpretiert werden kann."

Die Kinder werden weiter sterben, die Betreiber werden weiterhin ihre Hände in Unschuld

waschen – denn sie halten ja die Grenzwerte ein. Und die Regierenden werden die Grenzwerte nicht senken, denn dann müssten die Atomkraftwerke stillgelegt werden, weil die technische Verhinderung der Niedrigststrahlung finanziell nicht zu schultern wäre.

Der Mensch als Versuchskaninchen

Was hat das mit den Kohlekraftwerken zu tun? Auch hier gibt es eine breite Palette von Stoffen, deren Emissionen durch Grenzwerte geregelt werden. Und während die Industrie heute in der Lage ist, die festgelegten Grenzwerte teilweise zu unterschreiten, stellen die Ärzte einen starken Anstieg von Atemwegs- und anderen auf Veränderungen der Umwelt zurückzuführenden Erkrankungen fest. Während die Industrie die Einhaltung ihrer Grenzwerte durch unterschiedlichste Messsysteme belegen kann, können die Ärzte natürlich nicht die Herkunft der schädigenden Stoffe nachweisen. Sie führen praktisch jeden Tag einen Feldversuch durch und stellen fest, dass immer mehr Menschen erkranken. Aus sagen zu den Ursachen sollen sie gefälligst nicht machen, dafür sind die Politiker da.

➔ Energie+Technik

Die Firma Electrabel will auf dem Rüstersieler Groden ein Steinkohlekraftwerk errichten. Das Kraftwerk soll einen Wirkungsgrad von 46% erreichen. Das bedeutet, dass immerhin noch 54% des Energieinhaltes der Kohle nutzlos und umweltschädlich in Luft und Wasser verpuffen. Gleichzeitig handelt es sich bei dem Kraftwerk um einen Großemittenten des Treibhausgases Kohlendioxid. Mindestens 4,0 Millionen Tonnen gehen jährlich in die Atmosphäre. Da ist es nicht erstaunlich, dass in den öffentlichen Veranstaltungen und in den Verlautbarungen sowohl seitens der Stadt als auch der Electrabel das Wort Klimawandel so gut wie nicht vorkommt.

Die (Bundes-) SPD hat sich in Sachen Klimaschutz einiges vorgenommen und sich eindeutig dafür ausgesprochen, dass Kohlekraftwerke nur noch dann gebaut werden sollen, wenn die Abwärme vernünftig genutzt und damit auch der Wirkungsgrad der Anlage eindeutig erhöht wird. Doch in der SPD Wilhelmshaven will man davon nichts wissen.

➔ Kraftwerkstechnik

Auch die e.on plant den Bau eines weiteren Kraftwerkes – und das mit einem Wirkungsgrad von über 50%. Gleichzeitig soll das Kühlwasser als Prozesswärme bei der Rückgasung des Flüssiggases im neun Kilometer entfernten (geplanten) LNG-Terminal der DFTG genutzt werden. Und hier kommen die Kraftwerksbetreiber dann letztendlich in Bereiche, in denen auch die Umwelt- und Klimaschutzorganisationen kompromissbereit wären.

Ebenfalls überlegenswert ist es, ob die bestehenden Industriebetriebe (INEOS und Raffinerie) nicht dazu gebracht werden können, ihre Energie selbst zu erzeugen. Das hätte den Vorteil, dass hier auf jeden Fall auch die Ab-

wärme für den Produktionsprozess genutzt werden kann. Die Energieversorger wie e.on und auch Electrabel haben nur Interesse daran, den Strom zu verkaufen, und sie können sich ja auch gemütlich zurücklehnen: Die Bürger müssen die Preise zahlen, die ihnen von den Konzernen diktiert werden.

➔ Arbeitsplätze

Die Diskussion um die durch die Industrie geschaffenen Arbeitsplätze hat immer einen hohen Stellenwert. Bei der hier ansiedelnden Industrie ist der Faktor menschliche Arbeit äußerst gering anzusetzen. Zumindest wird eine solche Milliardeninvestition, wie Electrabel sie plant, nicht für Entspannung auf dem lokalen und regionalen Arbeitsmarkt sorgen. Aber wenn die Electrabel dazu ein paar Fachleute aus dem eigenen Pool mitbringt, kann sich das immerhin auf Wilhelmshavens weiter schrumpfende Einwohnerzahl positiv auswirken.

➔ Das große Geld

Waren die zu erwartenden Gewerbesteuerentnahmen zu Beginn der Electrabel-Ansiedlungsdiskussion noch eines der Hauptargumente, ist dieses Argument inzwischen in den Hintergrund getreten. Mit der Passage im Partnerschaftsvertrag, wonach die Electrabel garantiert, dass sie bis 2022 in Wilhelmshaven ihre Steuern bezahlt, ist es auf Grund der Abschreibungsmöglichkeiten nicht so weit her – und es waren nicht nur Dr. Biesters Äußerungen, die das klar machten.

➔ Energie einsparen – alternative Energien nutzen

Ein Weg für eine Energieversorgung ohne CO₂-Schleudern und Atomenergie ist die Forcierung der Energieeinsparung. Ein Beispiel aus der Praxis: Auf der Kraftwerks-Veranstaltung im Gorch-Fock-Haus brannten in dem Veranstaltungssaal ca. 350 Glühlampen à 60 Watt. Diese durch 10-Watt-Energiesparlampen zu ersetzen, hätte schon zu einer Energieeinsparung von über 80% (!) geführt. Auf die Frage, warum in Wilhelmshaven die Sonnenenergie nicht, bzw. nur wenig genutzt wird, antwortete der Oberbürgermeister, dass das alles untersucht wurde – die Dächer in Wilhelmshaven (er meinte wohl Schulen und öffentliche Gebäude) aber dafür nicht geeignet seien. Am Samstag nach der Veranstaltung erschien in der Wilhelmshavener Zeitung ein Bericht über eine Photovoltaik-Anlage auf den Dächern von zwei Fabrikhallen am Banter See. Hier wird Strom für ca. 160 Vierpersonenhaushalte erzeugt. Man muss nur suchen und auch den Willen zur Veränderung haben. □



Menzel Kohle Emotionen

von Imke Zwoch

Es herrscht Krieg in Wilhelmshaven. Auf einer Seite stehen die Durchblicker, auf der anderen die Verwirrten. Hier die Verunfallten, da der Bauch. Zur jeweils ersten Kategorie zählen sich selbst der Oberbürgermeister und diverse andere Vertreter der städtischen Politik und Wirtschaft, die gleichzeitig Tausende Wilhelmshavener BürgerInnen, darunter mindestens 118 Ärztinnen und Ärzte, der anderen Schublade zuordnen.

Es geht dabei um viel Kohle, um faktisch zwei, optional insgesamt vier Kohlekraftwerke im Rüstereieler Groden. Es geht um 110 oder auch 300 Arbeitsplätze und möglicherweise auch Gewerbesteuer. Es geht aber auch um CO₂ und um Feinstaub, Cadmium, Blei, Arsen, Nickel und Quecksilber, die über angrenzenden Wohngebieten herniedergehen, oder auch über dem Jadedeich, der mit seiner Tier- und Pflanzenwelt als Teil des Nationalparks Wattenmeer und durch europäisches Naturschutzrecht geschützt ist. Der zudem durch die Kühlwassereinleitung stellenweise um bis zu 10 Grad, dauerhaft großflächig um bis zu 1 Grad erwärmt wird. Und der nicht zuletzt Lebensgrundlage der Tourismuswirtschaft ist, mit über 3.000 Arbeitsplätzen allein im Wangerland, und für einige Fischereibetriebe.

Vorab: Thema der nachfolgenden Betrachtung ist nicht Herr Menzel; er ist nur Stichwortgeber für eine grundlegende Debatte um Freiheit, Demokratie und Bürgerrechte, die wir hier anstoßen wollen. Seine MitstreiterInnen aus dem Pro-Kohlekraft-Block können sich dabei auch angesprochen fühlen – nicht nur jene, die sich, wenn auch mehr im Hintergrund, ähnlich despektierlich gegen die Bürgerbewegung geäußert haben. Sondern auch jene, die nicht laut dagegen aufbegehren oder ihre Parteigenossen mal zurückpfleifen.

Jenen, die gesundheitliche und ökologische Bedenken gegen die geplanten Industrieansiedlungen äußern, wirft Menzel vor, emotional zu argumentieren. Womit er natürlich Recht hat. Denn, mal scharf nachgedacht: Gibt es irgendeine menschliche Handlung oder Äußerung, die nicht emotionsgesteuert ist? Wenn wir beurteilen, ob etwas richtig oder falsch ist, nutzen wir zwar externe Informationen, setzen diese aber in Beziehung zu unseren individuellen Erfahrungen, die von bestimmten Gefühlen begleitet sind.

Suchen Sie mal irgendeine wertende (politische) Äußerung, die nicht emotional geprägt ist und an die Gefühle Dritter appelliert, egal ob es um Arbeitsplätze, Benzinpreise, Klimawandel, Kampfhunde oder Kopftücher geht. Selbst wenn zwei Menschen dieselbe Statistik lesen, ziehen sie daraus unterschiedliche Schlussfolgerungen, weil sie an gleiche Werte unterschiedliche Maßstäbe anlegen. Für den Kraftwerksingenieur ist die Menge X an Feinstaub ein Grund zur Freude, weil er

stolz darauf ist, Grenzwerte einzuhalten. Weil es sein Lebenswerk ist, die Technik so hinzukriegen. Für den Lungenfacharzt ist die gleiche Menge X eine Katastrophe, weil er schon so viel Leid erlebt hat, weil er vielen Patienten nicht mehr helfen konnte und es doch sein Lebenswerk ist, dies zu tun.

Beide sind im Recht, und beide sind nette Menschen. Wenn zwei Menschen unterschiedlicher Ansicht sind, müssen sie sich zwar nicht lieb haben, aber deswegen auch nicht hassen.

Im Duden steht unter "Emotion" zu lesen: "Gemütsbewegung, seelische Erregung, Gefühlszustand; vgl. Affekt". Machen wir: "Affekt: heftige Erregung, Zustand einer außergewöhnlichen seelischen Angespanntheit. (nur Plural): Leidenschaften." Gleich nach "Emotion" findet sich der Begriff "Empathie: Bereitschaft und Fähigkeit, sich in die Einstellung anderer Menschen einzufühlen."

Emotional geprägtes Denken, Sprechen und Handeln kann man niemandem vorwerfen, denn unser Unterbewusstsein können wir nicht steuern. Wohl aber darf man es jemandem zum Vorwurf machen, sich in einer Art zu äußern, die andere in ihrer Freiheit und Integrität verletzt, deren Status nicht respektiert, sie diskriminiert. ["diskriminieren: durch (unzutreffende) Äußerungen in der Öffentlichkeit jmds. Ansehen, Ruf schaden, ihn herabsetzen"].

Empathie für den OB sagt uns: Es ist sein Lebenswerk, diese Stadt aus dem Sumpf der Verschuldung und Arbeitslosigkeit herauszuholen und jeden Strohhalm dafür zu ergreifen. Dafür kämpft er mit Leidenschaft, und deshalb fühlt er sich vermutlich persönlich angegriffen, wenn irgendjemand seine Überzeugungen in Zweifel zieht. Anders lässt sich kaum erklären, weshalb er so außergewöhnlich emotional reagiert. Erklären, aber nicht entschuldigen, dass er in der Auseinandersetzung mit Kritikern in Form und Inhalt immer wieder unter die Gürtellinie rutscht. Dabei ist es doch nichts weiter als sein Job, OB zu sein; könnte er das besser von seiner Person trennen, würde er wohl entspannter auftreten.

Freilich gibt es auch einzelne frustrierte BürgerInnen, auf beiden Seiten der Kohlekraftwerksfront, die sich in Polemik verirren, oft erkennbar gepaart mit mangelndem Hintergrundwissen. Umso wichtiger und erfreulicher ist es, dass die Bürgerinitiative "Zeche Rüstereieler Groden" weiter ihren Kurs des sachlichen und höflichen Umgangs hält. Wenn schon der erste Mann der Stadt nicht mit gutem Beispiel vorangeht, dann eben umgekehrt.

Wer zahlt die Zeche?

Schenkt man Äußerungen gewisser Kraftwerksbefürworter Glauben, dann ist die Bürgerinitiative "Zeche Rüstereieler Groden" vom grünen Ratsherrn und Landtagskandidaten Werner Biehl gesteuert, der seinen Schwiegersohn dafür als Handlanger eingesetzt hat.

Dies bedarf einer Richtigstellung: Keine Partei oder sonstige Organisation beherrscht diese Bürgerinitiative. Der Widerstand gegen die Kraftwerksansiedlung regte sich bereits Mitte vergangenen Jahres. Mehrere (bis dahin völlig unpolitische bzw. nicht aktive) BürgerInnen aus Rüstereieler traten über Leserbriefe an die Öffentlichkeit und wandten sich zuerst an die BUND-Kreisgruppe Wilhelmshaven, um sich Informationen und Unterstüt-

zung zu holen. Zunächst waren sie entmutigt, als sie gewahrt wurden, welche rechtlichen und formalen Hürden sich vor ihnen auftaten. Je näher die konkrete Planung rückte, umso größer wurden Ängste und Bedenken, die sich dann in Mut und Aktivitäten verwandelten. Erst anlässlich des Ratsbeschlusses über den Entwurf des Bebauungsplanes wurden die kritischen BürgerInnen auch von jenen Parteien unterstützt, die im Rat dagegen gestimmt hatten¹⁾.

Wagnis Demokratie

Das Leitmotiv "Mehr Demokratie wagen" wurde bereits 1969 von der sozial-liberalen Koalition im Bundestag geprägt und seitdem immer mal wieder im Wahl- und Parteienkampf bemüht. Eigentlich ist es ein doppelter Widerspruch in sich: "Mehr Demokratie" ist ähnlich unsinnig wie "mehr Wetter" oder "ein bisschen schwanger". Entweder gibt es ein allgemeines Recht auf freie Meinungsäußerung²⁾ und Mitbestimmung, oder es gibt dieses nicht, dann ist es keine Demokratie, und man sollte weiter daran arbeiten, dass es eine wird, und dafür ist es vor allem wichtig, die bereits hart erkämpften demokratischen Bausteine, also Rechte zu nutzen, zu leben und nie wieder preiszugeben.

Und wenn es denn ein Wagnis ist, wenn es persönliche Nachteile und Risiken mit sich bringt, Demokratie zu leben, dann kann es kein demokratischer Raum sein, in dem dieses stattfindet.

De facto ist es hierzulande immer noch, immer wieder und immer mehr ein Wagnis, von Bürgerrechten Gebrauch zu machen, wenn deren Wahrnehmung den Zielen politischer und wirtschaftlicher Macht entgegensteht. Man läuft Gefahr, öffentlich ausgegrenzt und als unbelehrbare Randperson oder -gruppe abgestempelt zu werden.

Die Bürgerinitiative hat von einem Recht Gebrauch gemacht, das ihr nach der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) zusteht: ein Bürgerbegehren mit dem Ziel, dass die Stadt die BürgerInnen nach ihrer Meinung zur Ansiedlung weiterer Kohlekraftwerke befragt. Für dieses Begehren sind 6.000 Unterschriften erforderlich³⁾. In Wind und Kälte standen die BI-Mitglieder auf Wochenmärkten und an anderen Anlaufpunkten und hatten schon nach drei Wochen ein Drittel der Unterschriften zusammen. Wegen angeblicher formaler Mängel wurde die Initiative dann von der Stadt ausgebremst. Erst wenn hierüber ein schriftlicher Bescheid vorliegt, kann die BI das rechtlich überprüfen lassen. Unabhängig davon wird erst einmal weiter gesammelt.⁴⁾

Die Aktion lohnt sich schon allein wegen der Erfahrungen, Rückmeldungen und Ge-

1) Grüne, LAW und BASU

2) Dieses Recht endet freilich dort, wo die persönliche und / oder körperliche Freiheit und Integrität Dritter verletzt wird – verbale Hetze bis hin zu körperlicher Gewalt gegen Menschen anderer Herkunft, Sexualität, Religion, Bildung, wegen ihres Geschlechts oder ihres sozialen Status ist nicht tolerabel.

3) Der Rat der Stadt kann auch von sich aus, ohne dass die erforderlichen Unterschriften gesammelt werden, eine Bürgerbefragung einleiten. Dies wird die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen auf der Ratssitzung am 30.1.2008 beantragen.

4) Im saarländischen Ensdorf hat eine Bürgerbefragung, unterstützt durch den saarländischen Ärzterverband, die Ansiedlung eines Kohlekraftwerks verhindert – vielleicht auch ein Grund für den Widerstand aus dem hiesigen Rathaus.

sprache, die sich daraus ergeben. Vor allem ältere Menschen, die oft noch selbst die Diktatur des Dritten Reiches miterlebt haben, leisten ganz selbstverständlich ihre Unterschrift – sie wissen den Wert demokratischer Rechte zu schätzen. Jüngere nehmen diese als selbstverständlich hin, nutzen sie aber oft nicht, zumal wenn sie Mitbestimmung als Farce betrachten: "Die da oben machen sowieso, was sie wollen" – womit sie, wie die Erfahrung lehrt, leider nicht unrecht haben – es fehlt allein die Erkenntnis, dass man dann erst recht dafür kämpfen sollte. Es unterschreiben auch ausdrückliche Befürworter der Kohlekraftwerke – völlig richtig, denn es geht dabei um ein Meinungsbild, nicht um Meinungsmache.

Erschreckend: Viele – ob Befürworter oder Gegner der Kraftwerke – signalisieren großes Interesse, unterschreiben aber nicht aus Angst vor ihrem Arbeitgeber, weil sie im Rathaus oder in einem Industriebetrieb beschäftigt sind. Wohl gemerkt: Diese Unterschrift ist allein eine *Zustimmung*, dass eine *Bürgerbefragung durchgeführt werden soll*, aber noch *kein Votum* für oder gegen Kohlekraftwerke. Das erfolgt erst, und zwar in *geheimer* Abstimmung, wenn die Befragung stattfindet. So weit sind wir also schon wieder: Dass BürgerInnen Angst haben, *Repressalien erwarten, weil sie von ihren demokratischen Rechten Gebrauch machen*. Gruselig, oder? ⁵⁾

Die Botschaft, die da vermittelt wird, lautet: Wer keinen Ärger will (bzw. erträgt), sollte besser die Klappe halten. Keine Leserbriefe schreiben und keinen Bls beitreten, die der herrschenden Auffassung Paroli bieten. Die Rüsterei "Zechenkumpel" ertragen so einige Repressalien, die darin bestehen, öffentlich diffamiert zu werden.

Angst vor den Unabhängigen

Nicht nur in Wilhelmshaven wird bestimmten Berufsgruppen vorgeworfen, aus ihrer sicheren Position heraus "gegen Arbeitsplätze" zu sein (wenn sie ihre Bedenken gegen umwelt- und gesundheitsschädliche Vorhaben kundtun). Mal sind LehrerInnen betroffen, mal ÄrztInnen. Es geht um Personen, die relativ frei von materiellen Abhängigkeiten agieren können – wer weitgehend unkündbar ist oder selbständig, muss nicht vor einem Arbeitgeber oder dessen Interessens klientel duckmäusen. Die Neiddebatte, die gegen kritische Menschen aus diesen Kreisen losgetreten wird, basiert also eigentlich nicht auf dem Neid auf ihre wirtschaftliche und soziale Situation, sondern dem Neid auf deren Freiheit – bzw. die Angst der Herrschenden vor deren Unabhängigkeit – hier greifen die Repressalien nicht.

Statt Unabhängigkeit als Makel und freidenkende und handelnde Personen/-gruppen als ungeliebte Außenseiter darzustellen, sollte es doch umgekehrt ein gesellschaftliches Ziel sein, allen Menschen diese Unabhängigkeit zu ermöglichen und jede Einflussnahme durch Vorgesetzte zu unterbinden.

Somit ist es persönlich wie gesellschaftlich völlig daneben, eine Gruppe Andersden-

kender als "Allianz der Unvernunft" zu diffamieren. Es ist unterste Schuhsohle, Details aus dem Privat- und Familienleben politischer Gegner herauszuposaunen mit dem Ziel, sie lächerlich oder unglaubwürdig zu machen. (Allein Werner Biehl und sein Schwiegersohn haben zu entscheiden, wer über ihre familiäre Beziehung etwas erfahren soll.) Es ist ungezogen, wenn ein Stadtoberhaupt den Überbringer einer Petition wie Luft behandelt. In diesem Fall war es ein Arzt und damit auch Gastgeber des Neujahrsempfangs der Ärztekammer, zu dem der OB eingeladen war. Gegenüber einem Hartz-IV-Empfänger auf der Straße wäre eine solche Ignoranz aber nicht weniger schlimm.

Und es ist, mit Verlaub, totaler Quatsch, jemandem (mit Seitenhieb auf dessen gutes Einkommen) zu unterstellen, er würde anderen einen Arbeitsplatz "verwehren". Hier kochen Emotionen hoch bis zur logischen wie geschmacklichen Entgleisung.

Emotionen, Emissionen oder was?

Zur Erinnerung: Anlässlich einer Petition zu den gesundheitlichen Risiken der geplanten Kraftwerke, die von 118 hiesigen ÄrztInnen unterzeichnet und als Zeitungsannonce veröffentlicht wurde, eskalierte die Stimmung im Rathaus. Es folgte Menzels Rede auf dem Neujahrsempfang der Ärzte: Die Anzeige bediene sich Emotionen und male ein "Horror-szenario"; die Initiatoren würden ihren Glaubwürdigkeitsbonus in der Bevölkerung "ausnutzen" und dass "gerade Ärzte als nicht gerade die Schlechtverdienendsten in dieser Stadt" anderen Menschen einen Arbeitsplatz "verwehren" würden, bezeichnete er als "fraglich". Angeblich rechneten die Ärzte mit völlig falschen Emissionswerten, bezogen auf vier Kraftwerke statt eines.

Bei der von Menzel als völlig abstrus dargestellten Rechenart handelt es sich schlicht um einen Dreisatz: Laut Bauleitplanung bestehen im Rüsterei Groden Optionen für vier Kraftwerke mit einer Leistung von insgesamt 4.000 Megawatt (MW). Man nimmt die Emission X eines bestehenden Kraftwerks als Grundlage, teilt sie durch dessen Leistung Y (in MW) und multipliziert sie mit 4.000, um die mögliche Gesamtemission am Standort Wilhelmshaven zu ermitteln. Natürlich gibt es Abweichungen, weil die Technik des Modellkraftwerks, z. B. bestimmte Filter, oder aber auch die Herkunft der Kohle, eine andere ist als hier vorgesehen. Aber von der Größenordnung her liegt man so falsch nicht, wie Dr. Klaus Schmeding, Sprecher der Ärzteinitiative, auf der Diskussionsveranstaltung im Gorch-

Fock-Haus darstellen konnte. Zum Vergleich zog er die offiziellen Angaben des Betreibers heran, die erst im Zuge des Genehmigungsverfahrens öffentlich verfügbar wurden.

Das "Horror-szenario" sieht Menzel auch in einem Bild, das in der Anzeige und auf der Homepage der Ärzte veröffentlicht ist: Ein Blick von Süden über den großen Hafen zeigt vier Kraftwerke, deren Abgase gebündelt gen Jadebusen ziehen. Durch die Größenverhältnisse und "Geistersilhouetten" ist auf den ersten Blick erkennbar, dass es sich um eine symbolisch gemeinte Montage handelt. Nichts anderes macht Electrabel: Vorträge, Prospekte und Internetseite arbeiten mit Luftbildprojektionen, die ein adrett aussehendes Kraftwerk neben einer ebensolchen Kohlehalde zeigen, mitten im Grünen, ohne Staubwolken, Abgas- oder Kühlwasserfahnen. Was der Kraftwerksleute Traum ist, ist der Ärzte Albtraum – und beide haben das gleiche Recht, dies zu visualisieren, in Bilder und Szenarien umzusetzen.

Apropos Szenarien: Damit arbeiten auch ganz offizielle Gutachten, ein gängiges Verfahren, um "was-wäre-wenn" theoretisch zu ermitteln, ehe man eine Planung umsetzt. Dazu gehört in der Regel auch das "worst-case"-Szenario, also: Welche Auswirkungen könnte es im Extremfall geben? Die Gutachter, welche die Stadt beauftragt hat und demnach als seriös einstuft, arbeiten auch mit verschiedensten Szenarien, ob es nun um Lärm geht oder die Erwärmung des Jadebusens. Die dürfen das – die Ärzte und andere Kritiker nicht?

Wertesystem der Wirtschaftslobby

Die Liste – warum darf die eine Seite etwas tun, was der anderen zum Vorwurf gemacht wird – ließe sich noch fortsetzen. Wir schließen sie mit der Betrachtung, welche Gefühle wann zulässig und andererseits verwerflich sind. Seit Jahren appellieren Menzel und Co. an das Mitgefühl für jene, die durch Hafenbau und Industrieansiedlungen einen Arbeitsplatz in Aussicht haben. Keine Frage – für die Schaffung von Arbeitsplätzen gibt es einen breiten gesellschaftlichen Konsens. Es gibt aber auch das Mitgefühl für Menschen, deren Wohn- und Lebensqualität durch solche Projekte deutlich geschmälert wird. Menschen, die durch schädliche Umwelteinflüsse krank werden. Menschen, deren Lebensunterhalt von einer intakten Natur abhängt (Tourismus, Fischerei) und durch solche Projekte gefährdet ist. Bis hin zu Emotionen für unsere Mitgeschöpfe, die selbst keine politische Stimme haben: Pflanzen und Tiere, die ➤

Jonathan



Naturkost

Gewürz-Traum-Reisen

mit den Bio-Feinschmecker-Gewürzmischungen von Herbaria:

Wilde Hilde * Gärten von Siam * Neptuns Traum * Duft der Macchia * Kürbiskönig
Himmel auf Erden * Große Karawane * Ruf der Oase * Buddhas Bauch

Wilhelmshaven ● Marktstr. 94 ● Tel. + Fax: 04421/13438

5) (Warum wir an dieser Stelle nicht leichtfertig Rosa Luxemburgs berühmte Freiheitsdefinition zitieren, ist nachzulesen unter <http://www.freitag.de/2000/39/00392101.htm>. Die Lektüre ist höchst empfehlenswert und erübrigt weitere Erläuterungen.)

wir als Teil einer lebensbejahenden Umwelt oder auch um ihrer selbst willen erhalten wollen, aus ethischen bis hin zu religiösen Gründen. Solche Gefühle sind im Rahmen eines bestimmten politischen Kalküls plötzlich nicht mehr zulässig.

Wir pöppeln verwaiste Robbenbabies auf und zerstören gleichzeitig die Lebensgrundlage Tausender Robben in freier Wildbahn, indem wir den Jadebusen in ein großes Kühlwassersystem verwandeln. Wir trinken für den Erhalt des Regenwaldes und holzen 60 Hektar Wald vor der Haustür ab. Wir gelten als weltoffen, wenn wir für Kinder in Südostasien spenden, die Opfer des Tsunami wurden. Doch als weltfremd wird verschrien, wer sich lokal engagiert, um dem globalen Klimawandel entgegenzutreten. 100 Arbeitsplätze in Wilhelmshaven, 3.000 in Deutschland in geplanten Kohlekraftwerken sind wichtiger als Hunderttausende Tote und Obdachlose in Südostasien – wer gut verdient, kann ja bei der nächsten Flutkatastrophe wieder etwas spenden. Etwa das, was wir durch billige Energie sparen, billige Kohleimporte auf Kosten der Zechenarbeiter in China oder der ehemaligen Sowjetunion. In der Volksrepublik China starben allein 2004 über 12.000 Minenarbeiter bei Grubenunglücken. Zwischen 1992 und 2002 kamen fast 60.000 Bergleute ums Leben. Schätzungsweise sind etwa 600.000 Bergarbeiter in mehreren zehntausend größtenteils illegalen Kleinst-Zechen tätig; dort gab es nach offiziellen Angaben im Jahr 2000 siebzehn Todesopfer pro Million Tonnen geförderter Kohle. China ist in der Statistik der Unglücksfälle derzeit weltweit führend; daneben zählen die Gruben der Ukraine zu den gefährlichsten der Welt. Hier forderten Grubenunglücke zwischen 1991 und 2002 mindestens 3.700 Todesopfer.

Doch im Interesse der Wirtschaftslobby sollen wir nur bis zum nächsten Kirchturm respektive Schornstein denken. Unser Wertesystem wird völlig durcheinandergeschüttelt. Es wird Zeit, es wieder zu ordnen. Kein Hauptverwaltungsbeamter und kein Energiekonzern der Welt hat dem Einzelnen vorzuschreiben, wie er oder sie zu bestimmten Themen oder Anliegen empfindet und sich entsprechend dafür engagiert. Es geht um existenzielle Fragen, die jede/r für sich definiert. Arbeit gehört dazu, doch hierfür gibt es Alternativen – für eine intakte Natur, Umwelt und Gesundheit nicht. □

Südstadt!!

BAVARIA KRUG

Betreutes Trinken
seit 1913!

Herr W. lässt nicht locker

Und noch einmal: Kinderwohngeld

(noa) "Plausible Erklärungen für eine unplausible Sache" lieferten wir in der Dezember-Ausgabe. Der "Erfinder" des Kinderwohngeldes, Herr Hein von der Wilhelmshavener Wohngeldstelle, hatte im November bei der Arbeitsloseninitiative genau erklärt, warum er der Meinung ist, dass das Kind eines Langzeitarbeitslosen ein eigenständiges Recht auf Wohngeld hat – und damit aus der Bedarfsgemeinschaft mit seinen Eltern fällt.

Unser Leser W.W., von dessen Strafanzeige gegen das Job-Center wir in der Ausgabe 230 berichtet hatten, ließ sich davon ganz offensichtlich nicht überzeugen. Und auch die Antwort der Staatsanwaltschaft Oldenburg konnte ihn nicht beeindrucken.

Da heißt es: *"Mit Ihrer Strafanzeige vom 04.08.2007 werfen Sie der Geschäftsführung des Job-Center Wilhelmshaven einen Betrug vor... Dabei sind Sie der Auffassung, dass das Job-Center durch Vorspiegelung falscher Tatsachen den Irrtum erzeuge, Kinder von Alg II-Empfängern seien verpflichtet, Wohngeld zu beantragen."*

Und im weiteren Text vertritt die Staatsanwaltschaft das, was auch Herr Hein bei der ALI vorgetragen hat:

"Nach § 1 Abs. 2 Satz 1 Wohngeldgesetz sind Empfänger von Leistungen des Arbeitslosengeldes II und des Sozialgeldes nach dem SGB II, bei deren Berechnung Unterkunftskosten berücksichtigt worden sind, vom Wohngeld ausgeschlossen. Die minderjährigen Kinder, für die von der Wohngeldstelle Wohngeld gewährt wird, erhalten keine Sozialleistungen nach dem SGB II und sind somit nach § 1 Abs. 2 Satz 1 des Wohngeldgesetzes nicht vom Wohngeldbezug ausgeschlossen. Als Empfänger der Leistungen gelten die in § 7 Abs. 3 SGB II genannten Personen, die bei der gemeinsamen Ermittlung ihres Bedarfs berücksichtigt worden sind. Danach gehören zur Bedarfsgemeinschaft die dem Haushalt angehörenden unverheirateten Kinder der in den Nummern 1 bis 3 des § 7 Abs. 3 SGB II genannten Personen, wenn sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, soweit sie die Leistungen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts nicht aus eigenem Einkommen und Vermögen beschaffen können. Hier liegt keine Ausschlussituation nach § 1 Abs. 2 Satz des Wohngeldgesetzes für die betroffenen Kinder vor, denn sie können ja gerade mit den Unterhaltsleistungen, dem anteiligen Kindergeld und dem Wohngeld ihren eigenen Bedarf decken..."

Die Hervorhebung im letzten zitierten Satz stammt nicht vom Staatsanwalt, sondern von uns. Da liegt der Hase im Pfeffer: Die betreffenden Kinder sind nicht bedürftig, weil sie Wohngeld beziehen; und deshalb dürfen sie Wohngeld beziehen. Ohne das Wohngeld sind sie bedürftig, haben Anspruch auf Sozialgeld und damit keinen Anspruch auf Wohngeld. Mit gesundem Menschenverstand kann man das nicht begreifen – juristische Logik geht wohl anders. Herr W. geht es jedenfalls so, dass er es nicht begreift. Er reagiert auf das Schreiben der Staatsanwaltschaft mit einer "sachlichen Dienstaufsichtsbeschwerde", in der er schreibt: *"Ihre Ausführungen sind für mich nicht nachvollziehbar, weil sie der Logik entbehren."*

Die Berechtigung zum Bezug von Wohngeld setzt voraus, dass der Antragsteller als



Mietzahlungsverpflichteter mit Mietkosten belastet ist, die er aufgrund seines unzureichenden Einkommens nicht befriedigen kann und dadurch latent in Gefahr schwebt, seine Wohnung zu verlieren und obdachlos zu werden. Deshalb muss in solchen Fällen der Staat öffentliche Fürsorge leisten, damit der Betroffene seine Wohnung als Lebensmittelpunkt nicht verliert.

Diese Ausgangssituation ist aber nicht gegeben, wenn der Antragsteller ein minderjähriges Kind ist, welches im Haushalt eines alleinerziehenden Elternteils lebt. Zumal der Elternteil als Alg-II-Empfänger bereits über das Job-Center seine Miete komplett erstattet bekommt und deshalb ein weiterer, zusätzlicher Bedarf zum Einsatz öffentlicher Mittel zur Finanzierung der Kosten für Unterkunft für diesen Haushalt gar nicht mehr besteht....

Nach allem halte ich meinen Verdacht auf strafbares Verhalten aufrecht. Ihre bisherigen Ausführungen sind nicht geeignet, diesen Verdacht zu zerstreuen.

Nach allem besteht nach wie vor der Verdacht, dass die Geschäftsführung des Job-Center Wilhelmshaven mit dem Leiter der Wilhelmshavener Wohngeldstelle, Herrn Hein, kollusiv Hand in Hand arbeitet, um die Ausgabenbelastung des Job-Centers zum Teil auf den Bund abzuwälzen...

Ich beantrage daher, endlich konkrete Ermittlungen gegen die angezeigten Personen zu führen und diese zum Sachverhalt als Beschuldigte zu vernehmen..."

Nun, die Geschäftsführung des Job-Centers Wilhelmshaven ist mittlerweile turnusgemäß ausgetauscht worden. Gegen einen der damaligen nach Meinung von Herr W. mutmaßlichen Betrüger kann man nicht mehr ermitteln, da er nicht mehr am Leben ist.

Möglicherweise liegt Herr W. mit der Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft auch vollkommen daneben. Es geht um die Auslegung von Gesetzen, und wahrscheinlich ist es am Ende die Sache eines höheren Verwaltungsgerichts, zu klären, ob es Aufgabe unterer Behörden ist, Katzen dazu zu veranlassen, sich selber in den Schwanz zu beißen. Aber vielleicht ist es für die Beschleunigung dieses Rechtsweges ja nützlich, eine Staatsanwaltschaft vor ein kniffliges Problem zu stellen. □

Verfestigt

OB Menzel bei der ALL: Same procedure as every year

(noa) Die Monatsversammlung der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland ist immer am 2. Dienstag des Monats, und in der Januar-Versammlung ist immer Oberbürgermeister Menzel zu Gast. Dass am 8. Januar nur knapp 20 Mitglieder und Gäste kamen, wird wohl nicht am Referenten, sondern auch daran gelegen haben, dass die WZ die Ankündigung nicht veröffentlicht hatte.

Die Neujahrsrede von Günther Kraemmer war jedenfalls so gut, um diesen wenigen ZuhörerInnen vorbehalten zu bleiben, weswegen wir sie hier größtenteils dokumentieren:

Bevor unser Oberbürgermeister sein Referat hält, möchte ich kurz noch auf die öffentlichen Debatten der letzten Tage und Wochen eingehen.

Zum einen zum Thema Mindestlohn, über den wir schon diskutiert und den wir gefordert haben, als es noch unpopulär war, ihn zu fordern – heute liegen wir damit im Trend, denn Mindestlohn ist auch im Sinne der Erwerbslosen. Der Ausplünderung der Arbeitskraft muss Einhalt geboten werden, und dabei kann der Mindestlohn ein Anfang sein. Wir werden feststellen, dass damit nicht das Ende des Abendlandes erfolgt.

Seit September 2005 ist nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit die Zahl der sogenannten "Aufstocker", also derjenigen, die zusätzlich zu ihrem Arbeitslohn noch auf Hartz IV-Leistungen angewiesen sind, um mehr als ein Drittel gestiegen. Immer mehr Menschen können ihren Lebensunterhalt nicht mehr aus geleisteter Arbeit bestreiten.

Daher ist die Frage berechtigt, von wessen Aufschwung immer geredet wird. Aber ich denke, hier wird die Antwort gleich mitgeliefert. Peinlich wird es immer, wenn der Physiklehrer aus der Schule vergessen wird, wenn gestandene Politiker behaupten: "Der Aufschwung ist unten bei den Menschen angekommen."

Was haben wir von der Regierung zu erwarten? Ich denke, es wird nichts von den Versprechungen übrig bleiben, die Lebenssituation der Erwerbslosen zu verbessern. Von der viel diskutierten Erhöhung des Arbeitslosengeldes II ist nichts übrig geblieben, von der Verlängerung der 58er-Regelung und der des Arbeitslosengeldes I weiß man noch nicht viel, und die heiße Armutsdebatte ist folgenlos der noch heißeren Sicherheitsdebatte zum Opfer gefallen.

Das Thema Arbeitslosigkeit ist eben weiterhin negativ besetzt, auch hier in Wilhelmshaven und Friesland, und das mag der Grund dafür sein, dass die Stadt Wilhelmshaven uns auch in diesem Jahr – wie in den Jahren zuvor – keine finanzielle Unterstützung gewährt. Es ist nicht verwunderlich, wenn gesellschaftliche Verwerfungen eskalieren, bis hin zu offener Gewalt,

- wenn sich die Kommunen im wahrsten Sinne des Wortes zu Tode sparen,

- wenn seit Jahren Jugendzentren dichtgemacht werden oder ums Überleben kämpfen müssen,

- wenn keine zusätzlichen Sozialarbeiter eingestellt werden,

- wenn Ehrenamtlichkeit und Bürgerengagement angemahnt und eingefordert, dann aber billig abgespeist wird, weil den Vereinen, die sich um die "Mühseligen und Beladenen" kümmern, kein Geld zur Verfügung

gestellt wird,

- wenn die Jugendarbeitslosigkeit hoch ist und die Ausbildungsplätze knapp sind,

- wenn eine Gesellschaft Schule und Bildung vernachlässigt und somit jungen Menschen kaum Perspektiven bieten kann und nur die Profiterwartung alles lenkt und steuert.

Und weil dies alles so ist, und wenn es auch so bleiben sollte, dann dürfen wir uns über die Folgen nicht wundern.

Dann diskutieren wir eben über Straflager, die in Deutschland und anderswo traurige Tradition haben. Aber dann muss die gesellschaftliche Debatte auch ehrlich und grundsätzlich geführt werden.

Eberhard Menzels Referat ging auf diese Gesichtspunkte nicht ein, aber das hatte auch niemand erwartet, da er traditionell immer über die wirtschaftliche Lage Wilhelmshavens aus der Sicht von Rat und Verwaltung spricht.

Die maritimen Dienstleistungen haben zugelegt, berichtete er, und weiter: Wilhelmshaven habe sich mit den Landkreisen Friesland, Wittmund und Wesermarsch zwecks gemeinsamer Wirtschaftsförderung zusammengetan, und man plane großindustrielle Projekte, zu denen es keine Alternative (!) gäbe; in naher Zukunft werden die Bauleitplanungen beschlossen.

Die Wirtschaft zu fördern, sei die Aufgabe von Politik und Verwaltung, und in dem ganz besonderen Ton, den alle, die Menzel öfter mal über Wirtschaftsförderung sprechen hören, gut kennen, äußerte er sein Unverständnis über die "juristischen Angriffe gegen die Bauleitplanungen von Personen, die auch ein Interesse an den Arbeitsplätzen haben sollten". Seine Irritation über Menschen, die Arbeit um jeden Preis, Arbeit zu Hungerlöhnen und Arbeit unter gesundheitsgefährdenden Bedingungen nicht jubelnd begrüßen, projizierte er auf die, die andere Arbeitsplätze fordern und Möglichkeiten dazu aufzeigen: Es seien "verwirrte Menschen", die "keine Verantwortung" übernehmen.

Wirtschaftsförderung, so Menzel weiter, sei ein permanenter Prozess. Die Leute stünden nicht Schlange, um hier zu investieren – man müsse mit ihnen sprechen. "Man muss viele Frösche küssen, bevor sich einer von ihnen in einen Prinzen verwandelt", beschrieb Menzel blumig die mühselige Arbeit der Wirtschaftsförderung. Kritische Betrachter haben in Wilhelmshaven zwar immer mal wieder den Eindruck, dass unsere Wirtschaftsförderer viele Prinzen küssen, um dann den zu nehmen, der sich in einen Frosch verwandelt, aber weiter im Text!

Wie es am selben Tag auch in der WZ gestanden hatte, berichtete Menzel, dass die Arbeitslosenzahlen auch in unserer Region gesunken seien. Und nun zählte er akribisch alle im vergangenen Jahr neu entstandenen Arbeitsplätze auf (2 Arbeitsplätze bei der Firma ..., 8 Arbeitsplätze bei der Firma ..., 1 Arbeitsplatz bei der Firma ...) und schloss daran

eine Aufzählung aller im eben begonnenen Jahr zu erwartenden Arbeitsplätze an.

Die Frage nach der Zahl der im vergangenen Jahr vernichteten Arbeitsplätze konnte er nicht beantworten, so dass ein Fazit, ob netto mehr oder weniger Arbeitsstellen in Wilhelmshaven existieren, nicht gezogen werden kann. Die Meldung der Arbeitsagentur über die gesunkenen Arbeitslosenzahlen gibt darüber ja auch nicht unbedingt Aufschluss – angesichts dessen, dass z.B. Ein-Euro-Jobber aus der Statistik genommen werden und auch solche Leute, die trotz Arbeit aufstotzendes Alg II beziehen müssen, natürlich auch nicht als arbeitslos gelten, sind solche statistischen Meldungen bekanntlich mit Vorsicht zu genießen.

Wie auch immer – Menzel hängte nun auch noch eine Aufzählung von in Aussicht stehenden Bauvorhaben an, doch die könnten erst realisiert werden, wenn die Großprojekte da sind. Und die (s.o.) werden ungebührlich verzögert von verwirren, verantwortungslosen Menschen – die Rohrdommel kam in Menzels Vortrag an diesem Tag nicht vor!

Neben Kohlekraftwerksgegnern und sonstigen Natur- und Umweltschützern gibt es noch andere Verzögerer: So soll z.B. gegenüber dem St. Willehad-Hospital eine Altenwohnanlage entstehen, aber nun kommt der Denkmalschutz daher und macht Auflagen bezüglich des Gebäudes, in dem vormals die Ansgarschule untergebracht war. Da wäre es doch besser, etwas Altes einfach abzureißen, um Platz für etwas Neues zu schaffen.

Zwei Fragen beschäftigten Günther Kraemmer nach Menzels Referat noch: Was ist mit der Südzentrale, und was mit den Fäkalieinleitungen in den Jadebussen?

Die Südzentrale, so Menzel, befindet sich in privatem Eigentum – darum kümmert sich die Stadt nicht. Und: Fäkalien werden nicht am Südstrand ins Meer eingeleitet, sondern Mischwasser. (Stimmt – wir erinnern uns: Wenn die Fäkalien rauslaufen, dann nicht in Gänze, sondern gequirt – vgl. GW 229.)

Zur Frage, die Menzel jedes Jahr zu hören bekommt, nämlich, ob die ALJ jemals damit rechnen könne, finanzielle Unterstützung von der Stadt zu bekommen, startete er ein Ablenkungsmanöver: Es habe bis vor kurzem ja die Jamaika-Kooperation gegeben, und dieser sei es nicht gelungen, einen Zuschuss für die ALJ zu "verfestigen". Verfestigen? Das klingt, als hätte frühere Ratsmehrheiten den Zuschuss für die ALJ bewilligt, was, worauf Ernst Taux hinwies, ja nicht der Fall war. Aber Menzel hatte ja gar nicht "verfestigen" sagen wollen, das ist nur sein neues Lieblingswort, das er halt ab und zu auch sagt, wenn's nun gar nicht passt.

Taux jedenfalls stellte fest, dass der städtische Zuschuss, den es bislang nicht gegeben hat, eine dringende kommunale Angelegenheit wäre – "Steht der Personenkreis der Arbeitslosen überhaupt im Fokus der Stadt?", wollte er wissen, und er erinnerte daran, dass diesem Personenkreis die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben weitgehend versagt ist. Menzels Antwort darauf war nicht unbedingt verständlich, aber auf jeden Fall ganz und gar Menzelsch: Er finde es seltsam, dass die, die die Rechte der Arbeiterklasse vertreten, im Rat dann gegen die Arbeitsplätze sind, aber Hunderttausende Euro zur Verteilung an Arbeitslose fordern. Das sollte wohl "NEIN" heißen. □

Zu viel der Ehre! 2. Teil

Agnes-Miegel darf nicht Namensgeberin für eine Schule sein

(hk) Bereits im letzten Gegenwind berichteten wir über den Vorstoß des Wilhelmshavener Ratsherren Johann Janssen (LAW) zur Umbenennung der Agnes-Miegel-Schule. In einer Sendung des Nordwest-Radios am 16. Januar 2008 machte der Historiker Martin Wein klar, dass Agnes Miegel als Namensgeberin einer Schule nicht taugt.

Zu der einstündigen Sendung des Nordwest-Radios war neben Johann Janssen und Martin Wein auch die Vorsitzende der Agnes-Miegel-Gesellschaft, Marianne Kopp, im Pumpwerk erschienen. Die Stadt Wilhelmshaven (Jens Graul) fehlte aus gesundheitlichen Gründen und der Schulleiter der Agnes-Miegel-Schule, Heinz Bültena, wollte an der Sendung nicht teilnehmen, hatte sich allerdings vorher den Fragen des Nordwest-Radios gestellt. Vertreter der Parteien und des Schulausschusses hatten eine Teilnahme an der Sendung abgelehnt.

So war es dann logisch, dass sich niemand außer Frau Kopp für eine Beibehaltung des Schulnamens einsetzte. (Auf der Internetseite <http://www.radiobremen.de/nordwestradio/unterwegs/00003974.php> können diejenigen, die die Sendung verpasst haben, sich die Wortbeiträge anhören).

Und die Argumente, die dagegen sprechen, Agnes Miegel dadurch zu ehren, dass man nach ihr eine Schule benennt, sind vielfältig. Miegels Aktivitäten während des Faschismus waren eindeutig. In der Preußischen Akademie der Künste sah sie mit an, wie Schriftsteller wie Heinrich Mann die Akademie verlassen mussten, wie andere, die sich weigerten, ein Treuegelöbnis an Adolf Hitler zu unterschreiben, die Akademie verließen, verfolgt und ins Exil getrieben wurden, Carl von Ossietzky im KZ landete. Auch die Bücherverbrennungen im Mai 1933 hat sie miterlebt.

Agnes Miegel richtete sich mit dem System ein, ihre Veröffentlichungen lagen exakt auf der Linie der inzwischen herrschenden Nazi-Ideologie. Das Hitler-Regime hofierte sie entsprechend, und bevor Miegel 1940 der NSDAP beitrug, bekam sie Auszeichnungen und Ehrungen, die zum Teil auf die direkte Fürsprache von Nazi-Größen wie Joseph Goebbels zurückgingen.

Johann Janssen: "Agnes Miegel wirkt nach wie vor und ist brandgefährlich." Martin Wein fasste zusammen, warum man sich in Wilhelmshaven so schwer mit der Umbenennung tut: "Der Umgang der Stadt mit Geschichte ist schwierig, weil die Stadt auch eine schwierige Geschichte hat."

Die Vorsitzende der Agnes-Miegel-Gesellschaft, Frau Marianne Kopp, war dann auch nicht in der Lage, der Kritik an der Namensgebung etwas entgegenzusetzen: "Agnes Miegel hat einen guten Namen, dazu stehe ich", das war dann noch beinahe der aussagekräftigste Beitrag der Germanistin. Auf die Frage des Moderators, ob Agnes Miegel auch heute noch als Vorbild taugt, sagte Frau Kopp: "Das kann ich nur unbedingt unterstützen, denn in ihrem Werk ist sie immer eine Verfechterin von Menschlichkeit und Toleranz. Ich halte es für völlig verfehlt, Agnes Miegel auf eine knappe Handvoll Gedichte festzuzahlen, die sie in einer Epoche schrieb."

Einige Werke Miegels, die vom Nationalsozialismus beeinflusst sind: Hymne an Ost-

preußen, Heilige Heimat, Sonnenwendreigen, An Deutschlands Jugend, Viktoria, An den Führer, Memelland, Dem Führer!, Dem Schirmer des Volkes, An die Reichsfrauenführerin Scholtz-Klink.

Doch machen Sie sich selbst ein Bild von den Qualitäten Agnes Miegels:

An Deutschlands Jugend Herbst 1939

*Jugend Deutschlands!
Singend voran den Völkern zogst Du in Deinen Tag, den Tag der Zukunft!*

Herrlicher Frühling, uns aus Trümmern erblühter, Du, in denen wir lieben, die für Euch starben,-

(...)

Aber das Schicksal, unseres Volkes Lose von Anbeginn zeichnend mit der Rune des Kampfs, warf wieder die Stäbe in dem ehren Streithelm,- da dröhnten die Straßen wieder vom Marschtritt der Heere, vom Rollen der Panzer, dröhnte der Himmel über den Erntefeldern wieder von dem Hornisengesang der Geschwader.

Unter dem Sprühn der Herbstgestirne liegen, unter der flammenden Fackel des roten Kriegssterns, Bang und stumm, verhüllte Mutter, die Städte.

Von dem zerstampften Lande, jenseits der Grenze dringt wie Seufzen das Grollen ferner Geschütze – Tubaton, die Namen der Festen rufend, uns ins Herz gebrannt unauslöschlich, nun wieder über die Welt hinhalend wie damals!

(...)

Aber dies: wir stehen, wir Deutsche, Volk das zu Volk fand, folgend dem Ruf des Führers, stehen wir zum erstenmal, nicht Gatten und Brüder nur allein, wir stehen, Frauen und Kinder, alle im Kampf und stehen gefassten Herzens, auf uns zu nehmen wie sie die Schrecken des Krieges: Feuer und Nacht und Not und grausames Sterben, wie es das Schicksal bestimmt.

Doch es liebte noch immer die Tapferen. Und wir sehen Dich, Jugend, uns herrlich vorangehn! Wabend den frühen Kampf, - die einen im Felde, Knaben, gefallener Brüder Antlitz tragend, junge Saat, gestreut in die Furchen der Erde, die das Blut ihrer Väter getrunken und ewig Ruhm unsres Namens trägt, -

(...)

Hinter dem furchtbaren Mäher Krieg, bei dem tausenden Sang seiner Sense schreitest Du, Jugend Deutschlands, zu sammeln und bergen in des harten Alltags nie ruhendem Dienste, was die Mutter gab, die uns alle geboren. (...)

Aus "Ostland" 1939

Kann eine Schriftstellerin, die eine solche Sprache spricht, die solche Sätze zu Papier bringt, kann eine solche Schriftstellerin Namensgeberin einer Schule sein? □

Mütter Zentrum

**Werftstr. 45
Tel. 506 106**

Frauenwohlfühltag

**Am Samstag, den
16. Februar 2008**

Von 10.00 bis 15.00 Uhr

**Für alle Frauen, die sich
mal wieder verwöhnen
lassen wollen mit:**

**Wohlfühlmassagen
(Rücken, Füße oder
Ganzkörper)
Energetischer
Massage**

**Dekorativer Kosmetik
incl. Typberatung**

**Neuer Frisur
Maniküre**

**Augenbrauen zupfen
und einem leckeren
Mittagsbüfett**

**Pro Angebot 5,00 €
Anmeldung und
Vorkasse für alle
Angebote erforderlich**

Öffnungszeiten

Café MüZe:

Montag - Freitag

9.30 - 12.30 Uhr

Mittwoch auch

15.00 - 18.00 Uhr

Der kleine Kaiser - ein Wintermärchen von *Frau Anshe*

Es war einmal ein kleiner Kaiser in einem kleinen Fürstentum am grauen Meer. Er saß alleine mit seinen beiden Lieblingshündchen in seinem kleinen Thronsaal, dessen einzige Zierde ein großer Spiegel war, und dachte nach.

Viel hatte er erreicht, unser kleiner Kaiser.

Bevor er Kaiser wurde, hatte am grauen Meer noch nicht einmal ein Fürstentum existiert. Gewählte Volksvertreter hatte es gegeben, aber die waren träge geworden, dick und satt von allem, was sie am Volk vorbei für sich gesammelt hatten und immer noch anhäuften.

Der kleine Kaiser war damals noch jung und gerecht und zornig. Mit einer Gruppe Gleichgesinnter aus vielen Teilen des kleinen Fürstentums - das noch keins war - plante er den Aufstand, leise, wirkungsvoll, gut organisiert - denn wenn der kleine Kaiser eins gelernt hatte, dann war es organisieren.

Der Aufstand gelang, und der kleine Kaiser durfte mit seinen Gleichgesinnten das Fürstentum - das aber eigentlich noch keins war - regieren. Das gefiel den Leuten, die damals noch keine Untertanen waren, denn der kleine Kaiser war oft bei ihnen, unterhielt sie mit lustigen Fahrradunfällen, verlieh Preise an ihre Kaninchen und tanzte mit ihnen bis in den Morgen. So gar mit dem Regieren waren die Leute zufrieden. Alle waren glücklich.

Nun - fast alle. Der kleine Kaiser hatte sich einiges anders vorgestellt. Seine Gleichgesinnten waren gar nicht mehr immer seiner Meinung; oft musste er diskutieren, bis er Kopfschmerzen bekam. Und als er älter wurde, wuchsen Jüngere nach, die wieder Gleichgesinnte hatten, aber gar nicht mehr das wollten, was der kleine Kaiser wollte. Davon bekam er noch mehr Kopfschmerzen. Und schlechte Laune.

Und so scharte der kleine Kaiser - der ja eigentlich noch keiner war - ein letztes Mal seine Gleichgesinnten um sich. Er machte ihnen klar, wie gut es für alle und vor allem das kleine Fürstentum - das ja eigentlich noch gar keins war - wäre, wenn es ihnen gemeinsam gelänge, ihn direkt zum Kaiser wählen zu lassen. Nichts würde sich für sie ändern, und die Untertanen - die ja eigentlich noch keine waren - würden viel besser wissen, wie die Verhältnisse seien. Und so geschah es. Die Gleichgesinnten schwärmten aus und verkündeten die frohe Botschaft. Das Volk, der vielen Streitereien müde, ärmer geworden, an Zahl geringer und hoffnungsloser, hörte sie wohl und begann zu glauben. Viele Menschen würden in ihr kleines Fürstentum kommen, um zu staunen und viel Gold dort zu lassen. Reiche Kaufleute und Fabrikbesitzer von weither würden sich niederlassen, und sie würden nie mehr arm sein, und ihre Kinder würden wohl gedeihen.

Und so wählten sie den kleinen Kaiser zu ihrem Fürsten, und er fing auch gleich an zu regieren.

Große Pläne hatte er, einen großen Hafen für die ganze Welt sollte das Fürstentum bekommen. Viel Industrie musste her, prachtvolle Hotels, große Kraftwerke, mindestens drei davon.

Die Untertanen - jetzt waren sie es endlich - waren glücklich. Jetzt würde es vorangehen. Doch dann sahen sie ihre Kinder auf den Straßen spielen, sahen Geschäfte und Fabriken schließen, sahen ihr graues Meer zur stinkenden Jauchegrube werden. Und sie begannen, Fragen zu stellen.

Fragen mochte unser kleiner Kaiser nicht. Davon bekam er Kopfschmerzen. Er erklärte Fragensteller zu Feinden des Fürstentums, so war es am einfachsten. Auch unter den Gleichgesinnten waren keine Fragen mehr erlaubt. Und wenn jemand deswegen nicht mehr für ihn arbeiten wollte, dann sagte der kleine Kaiser, der habe ja sowieso keine Lust gehabt und auch nie wirklich gearbeitet. Und alle, die nicht wollten, was er wollte, die wären wirklich böse und sollten für immer schweigen.

Nun saß er in seinem kleinen Thronsaal, alleine mit seinen Lieblingshündchen, einem grauen Schnauzer und einem beleibten Pinscher, die nur bellten, wenn er es befahl. Er schaute in den großen Spiegel. Nein, jung war er nicht mehr, harte Linien durchzogen das Gesicht, freudlos gaben die Augen seinen Blick zurück.

Aber die Fähigkeit, vor sich selbst zu erschrecken, hatte der kleine Kaiser schon lange verloren.

Diesen Anzeigenplatz hat normalerweise die linke alternative wilhelmshaven. So wie sie uns regelmäßig ihr Büro zur Verfügung stellt, tritt sie uns für diese Gegenwind-Ausgabe ihren Anzeigenplatz ab.

Danke!

Ein zweistelliges Wahlergebnis in Wilhelmshaven!

10,7 % für unsere Direktkandidatin Anette Nowak, 11,3 % für unsere Landesliste. Das ist das drittbeste Wahlergebnis der Linken in Niedersachsen, die 7,1 % erzielt hat. Die Linke zieht mit 6 Frauen und 5 Männern in den Landtag ein. Wir danken unseren Wählerinnen und Wählern!

Was hat Gregor Gysi am 20. Januar im Pumpwerk gesagt? Ohne die Linke wäre es in den Parlamenten zum Kotzen langweilig. Mit unserer Fraktion wird der Landtag interessanter.

Versprochen!

DIE LINKE.

Kreisverband Wilhelmshaven

Termine:

Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat 19.30 Uhr: öffentliches Mitgliedertreffen des Kreisverbandes der Linken Wilhelmshaven

Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat 19.30 Uhr: öffentliches Mitgliedertreffen der LAW

Jeden 1. Donnerstag im Monat 18.00 Uhr: Bürgersprechstunde

Jeden 1. Donnerstag im Monat 19.30 Uhr: Kommunalpolitischer Arbeitskreis

Jeden 1. Sonntag im Monat ab 11 Uhr: Frühschoppen

Alle Termine in der Rheinstraße 96

www.dielinke.lawwhv.de

www.lawwhv.de

KULTUR - KOMMUNIKATION

HOTEL
KLING KLING

WHV Zentrum
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr
MUSIK FÜR DICH

Frühstücken
Partys - Konzerte

www.kling-klang-whv.de



Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak
Legasthenietherapie
Lese-/Rechtschreibtraining
Diagnose und Beratung
Auskunft und Anmeldung
04421 - 99 64 70

WWW.BASU-WHV.DE

BÜRGER - PORTAL WILHELMSHAVEN

24 STUNDEN RUND UM DIE UHR INFORMIERT

WENN LOBBYISTEN KOHLEKRAFTWERKE VERSCHACHERN, dann klingt alles ganz einleuchtend, weil alle errechneten Grenzwerte die Norm unterschreiten. Seltsam aber, das trotz aller Grenzwertunterschreitungen 4,2 Mio. Tonnen nur allein CO₂ mehr in der Luft liegen, zusätzlich, zum einheimischen Kohlekraftwerk von Eon, das schon 5 Mio Tonnen rauspustet, das noch einen 500 MW-„Bruder“ bekommt, natürlich mit Weltrekordwirkungsgrad und noch einmal 3 - 4 Mio. Tonnen CO₂. Zusätzlich bekommen wir Tonnen von Schwermetallen und Feinststäuben frei Haus, und die Kühlwasser-Ansauganlage „schreddert“ pro Jahr ca. 419 Tonnen Fisch. Besonders interessant im blitzsauberen „Portfolio“ der Energiekonzerne ist die Importkohle. Auf dem Rücken von Menschen ohne soziale Absicherung und denkbar unmenschlichsten Arbeitsbedingun-

gen wird Kohle z. B. aus Südafrika, China oder Südamerika importiert. Die Konzerne erwirtschaften riesige Gewinne mit Energiebörsenspekulationen und feiern sich zum Schluss als Klimavorreiter, die nicht anders können, als die selbst prognostizierte Energiedeckungslücke mit der Technik von Vorgestern zu stopfen. Dagegen haben nicht nur wir etwas, sondern z. B. auch die Wilhelmshavener Ärzte-Initiative und die Bürgerinitiative: Zeche Rüsterei Groden. Unterstützen auch Sie die Arbeit der Bürger und Initiativen gegen Kohlekraftwerke für Klimaschutz!

BASU
FREIE LISTE FÜR
WILHELMSHAVEN

BILDUNG | ARBEIT
SOZIALES UMWELT

WWW.BASU-WHV.DE

BASU-TREFFEN: 2X IM MONAT, JEDEN 1. U. 3. MONTAG RUSCHEREI 19.30 UHR!



Die Eon Dreckschleuder auf dem Rüsterei Groden, deren Entschwefelungsanlage mindestens zu 30 Prozent im Jahr ausfällt!